„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Im voraus bezahlt:
Canada $2.00

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier.

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language
Issued every Wednesday
Subscription price:—
In Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
If paid in advance:
Canada $2.00
1835 Halifax Street, Regina.

23. Jahrgang. | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 1. Oktober 1930. | 12 Seiten | Nummer 47.

Sowjetrußland überschwemmt Weizenmarkt

Getreidebörse von Chicago leitet Untersuchung ein

Russischer Weizen um 10 Cents niedriger als amerikanischer angeboten.

Ergebnislose Tagung in Washington. — Sowjetrußland von Zukunftsverkäufen an der Chicagoer Börse ausgeschlossen.

Chicago. — Die formelle Untersuchung angeblicher Mißbräuche der Handelsmöglichkeiten durch Sowjet-Rußland wurde von der Getreidebörse von Chicago begonnen und dann einstweilen eingestellt, bis genauere Informationen von Landwirtschaftssekretär Arthur M. Hyde eingehen.

Das Geschäftsführungs-Komitee der Börse hielt nach Schluß des Geschäftes am 22. Sept. — bei dem einige Getreidepreise auf den niedrigsten Stand seit 24 Jahren fielen — eine kurze Sitzung ab und gab dann eine Erklärung heraus, in der angedeutet wurde, es könnte nichts weiter unternehmen, bis nicht die von ihm angeforderten Informationen eingegangen wären. Bis dahin, sagte die Erklärung, plante das Komitee eine genaue Untersuchung der von Sekretär Hyde genannten Transaktionen.

Exporthandel steht still.

Welche Wirkungen die bevorstehende Untersuchung auf die Marktlage haben wird, war eine Frage, die unter einem anderen Problem verschwand. Rußland offerierte im Auslande große Mengen Weizen 10 Cent niedriger als gleichen Weizen von Nordamerika.

Der nordamerikanische Weizenexport stand daher praktisch still, und die Weizenvorräte der Ver. Staaten erreichten 202,620,000 Bushel, eine nie vorher dagewesene Menge, und ein anderer Faktor, der die große Schwäche des Marktes mit hervorrief, waren Berichte von guten Regenfällen in Argentinien.

In Bezug auf Vorschläge, daß die Regierung die „Getreidespekulation" voll und ganz untersuchen solle, verwiesen Börsenmitglieder die Fragesteller auf ein Buch „The Wheat Pit" von Edward Jerome Dies, in dem Dies die Notwendigkeit von Verkäufen für künftige Lieferung als Preisversicherung erklärt und sagte, daß die Spekulation den Markt stabilisiere.

Ergebnislose Tagung

Washington. — Die große Frage des Terminhandels mit Getreide wurde hier auf einer Konferenz zwischen dem Landwirtschaftssekretär Hyde, dem Handelssekretär Lamont, dem Vorsitzenden der Bundes-Farmbehörde, Alexander Legge, und drei Mitgliedern der Chicagoer Handelskammer besprochen. Die Tagung blieb ergebnislos.

Welche Schritte gegen ein Unter-Preis-Angebot von Getreide unternommen werden sollen, blieb unentschieden und wurde ganz und gar der Chicagoer Handelskammer überlassen.

Silas H. Strawn, der Anwalt der Chicagoer Handelskammer, Legge und die beiden Sekretäre verzichteten nach der Konferenz auf irgendwelche offiziellen Erklärungen und be-

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Oesterreichische Regierung zurückgetreten

Bundeskanzler Schober hat wegen Heimwehrkonflikts sein Amt niedergelegt

Vaugoin will Bildung eines neuen Kabinetts versuchen

Wien. — Das Kabinett Schober ist zurückgetreten. Damit ist ganz Oesterreich ein schwerer Schlag versetzt.

Fast überall im Lande ist man der Ansicht, daß sich die Partei der Christlich-Sozialen eines nichtigen Vorwands bedient hat, um den Bundeskanzler Dr. Johann Schober zu stürzen, und daß Oesterreich dadurch ein nicht gut zu machender wirtschaftlicher Schaden zugefügt worden ist, der sich im Geschäftsleben des Landes sehr bald deutlich fühlbar machen wird. Namentlich werden dadurch die Wirtschaftssanierungsmaßnahmen, deren Kosten Schober aus dem Ertrag der Anleihe Oesterreichs im Ausland zu bestreiten gedachte, auf die lange Bank geschoben.

Der Höhepunkt des Zwistes zwischen Schober und seinen Ministerkollegen wurde in einer eiligst einberufenen Kabinettssitzung erreicht, und der Rücktritt des Bundeskanzlers war die logische Folge. Man hatte noch gehofft, das bisherige Ministerium im Amte erhalten zu können, aber das Ende kam, als einer der Minister nach dem anderen sein Entlassungsgesuch einreichte.

In dem großen Amtsgebäude am Ballhausplatz hieß es, der Präsident der Republik Oesterreich, Miklas, werde den Bundeskanzler ersuchen, die Geschäfte weiterzuführen, bis der Vizekanzler Vaugoin, der Führer der Christlich-Sozialen, welcher die Aufgabe übernommen hat, ein neues Ministerium gebildet haben wird.

Die Entwicklung der Kabinettskrise wurde dadurch veranlaßt, daß der Vizekanzler Vaugoin auf der Ernennung des verdächtigten Heimwehrführers Dr. Trafella zum leitenden Direktor der österreichischen Staatsbahnen bestand, und daß sich Schober nicht darauf einlassen wollte. Es kam zu einer Kraftprobe zwischen Vaugoin und Schober, und es war vorauszusehen, daß einer von beiden aus dem Amte verdrängt werden würde. Vaugoin erwies sich als der Stärkere.

Dr. Johann Schober, der früher Polizeipräsident in Wien war, hat sich genau ein Jahr als Bundeskanzler Oesterreichs im Sattel gehalten. Sein Ministerium, das mit Ausnahme des Austritts des Handelsministers Michael Hainisch, die ganze Zeit ohne Veränderung amtiert hat, hatte er am 26. September 1929 gebildet.

Französ. Bauern verlangen höhere Zölle

Paris. — Von den französischen Landwirten werden höhere Zölle auf landwirtschaftliche Produkte, insbesondere auf die aus Rußland eingeführten Waren verlangt, um der ausländischen Konkurrenz begegnen zu können. Die Landwirte forderten vor allen Dingen höhere Einfuhrzölle auf Flachs, und beklagten sich darüber, daß die russischen Preise, infolge der menschenunwürdigen Bezahlung der Arbeitskräfte, niedriger wären als die französischen

Hast Du schon daran gedacht?

Wenn die Feldarbeit zu Ende geht, ist wieder mehr Zeit, sich mit anderen Angelegenheiten zu beschäftigen. Dazu sollte auch Deine deutsch-canadische Zeitung „Der Courier" gehören. Hast Du schon an ihn gedacht? Ist Dir schon der Gedanke gekommen, daß Du Deinem guten Hausfreund „Der Courier" etwas schuldig bist? Wir bitten Dich, bedenke wohl, daß Deine deutsche Zeitung auch **auf Deine Unterstützung angewiesen ist! Du** erwarteit, daß „Der Courier" 52 mal im Jahre in Dein Haus kommt; aber wenigstens einmal im Jahre solltest Du zu Deiner Zeitung kommen, um ihr den verdienten Lohn zu bezahlen. Das ist gewiß nicht zu viel verlangt.

„Der Courier" kann nur dann fortbestehen,

wenn jeder Abonnent seine Schuld bezahlt, vielleicht auch das Bestellgeld im voraus entrichtet und nach Möglichkeit **mindestens einen neuen Leser zu gewinnen sucht.** Der reguläre Abonnementspreis beträgt $2.50 für ein Jahr. **Wer vorausbezahlt, braucht nur $2.00 einzusenden und erhält noch als freie Prämie den schönen Courierkalender für 1931,** der allein 50 Cents wert ist. Diese Prämie bekommt auch jeder, der uns einen neuen Abonnenten zuführt und die $2.00 für das erste Jahr uns zuschickt.

Vielleicht hast Du schon eine „Courier"-Rechnung erhalten. Bitte, beachte sie! Außerdem

betrachte einmal den gelben Streifen auf der ersten Seite!

Dieser kleine gelbe Streifen sagt Dir, bis wann Dein Abonnement bezahlt ist. Du kannst dann ohne große Mühe ausrechnen, was Du dem „Courier" schuldig bist. Willst Du Bargeld schicken, so lasse den Brief einschreiben (registrieren); doch besser ist es, „Money Orders" oder „Postal Notes" zu benützen. Bei jeder Geldsendung sollten Name und Adresse deutlich geschrieben sein, damit kein Irrtum entstehen kann.

Wir hoffen bestimmt auf Deine baldige Hilfe und Deine kräftige Unterstützung, damit wir nicht gezwungen sind, Deinen Namen von der Leserliste zu streichen, was uns immer sehr unangenehm ist. Wer schnell gibt, gibt doppelt! **Jeder zeige wenigstens seinen guten Willen!**

„Der Courier",
1835 Halifax Str., Regina.

Do-X-Ozeanflug erst nächstes Jahr

Dornier-Flugwerke wollen noch weitere Vorbereitungen treffen.

Friedrichshafen. — Die Dornier-Flugwerke gaben die Erklärung ab, daß der Flug des Riesenflugschiffes „Do-X" nach Amerika wahrscheinlich in diesem Jahre nicht mehr stattfinden wird.

Das mit 12 Motoren ausgerüstete Flugboot, das auf einem seiner Flüge 156 Passagiere beförderte, ist in seinem Hafen in Altenrhein, Schweiz, für den Transatlantikflug vorbereitet worden.

Es wird in Kürze einen neuen Probeflug unternehmen, um die offizielle Zulassung als Passagierflugzeug zu erwerben.

Die kürzlich eingebauten Motoren werden gegenwärtig überholt und der nur auf wenige Stunden berechnete Abnahmeflug wird stattfinden, sobald diese Arbeit beendet ist.

Später wird ein Dauerflug über dem Bodensee unternommen werden um das Flugzeug auf seine Leistungsfähigkeit für große Distanzen zu prüfen.

Von der Tscheka erschossen

Moskau. — Alle Mitglieder einer angeblichen geheimen konterrevolutionären Gesellschaft — 48 an Zahl — die des Versuches schuldig befunden worden waren, die Bevölkerung der Sowjetunion durch Zerstörung der Lebensmittelvorräte auszuhungern, wurden von der Ogpu, der früheren Tscheka, als „unversöhnliche Feinde der Sowjet-Regierung und aktive Konterrevolutionäre" erschossen.

Professor Alexander Ryazantzew und Eugen Karatnguin standen an der Spitze der Liste der hingerichteten Regierungsbeamten als Organisatoren der Gesellschaft.

Abrüstungs-Heuchelei

Genf. — Der Abrüstungsausschuß des Völkerbundes hat den von der deutschen Delegation unterbreiteten Vorschlag abgelehnt, der die sofortige Einberufung einer allgemeinen Abrüstungskonferenz für das Jahr 1931 forderte. Ja, sogar eine modifizierte Resolution, die die Vollversammlung des Völkerbundes „ersucht", im nächsten Jahre einen allgemeine Konferenz einzuberufen, wurde als zu weitgehend angesehen; eine in diesem Sinne abgefaßte Resolution der norwegischen Delegation wurde von dem Ausschuß abgelehnt. Statt dessen wird der Ausschuß die Versammlung benachrichtigen, daß er „so bald als möglich" eine allgemeine Abrüstungskonferenz wünscht.

Drei Millionen Arbeitslose im Deutschen Reiche

Berlin. — Das Heer deutscher Arbeitslosen ist der Dreimillionengrenze bedenklich nahe gerückt. Nach dem neuesten Regierungsausweis ist die Zahl der Arbeitslosen um weitere 100,000 angewachsen, und stellt sich nunmehr auf 2,983,000.

Tschechen protestieren gegen deutsche Filme

Deutschfeindliche Kundgebung vor der deutschen Gesandtschaft in Prag

Prag. — Nationalistische Studenten und andere Personen unternahmen feindliche Kundgebungen vor den Theatern, die Sprechfilme in deutscher Sprache brachten, und verlangten, daß diese durch amerikanische und tschechoslowakische Filme ersetzt würden. Die Polizei sagte, daß die Unruhen durch die faschistische und chauvinistische Presse entfacht wären.

Eine Gruppe sammelte sich vor der deutschen Gesandtschaft und schrie: „Nieder mit den Deutschen und den Juden". Sie wurde von der Polizei auseinander getrieben.

Eine gewaltige Menge marschierte nach dem deutschen Schauspielhaus und warf dort alle Fenster ein. Die deutsche Bevölkerung beschuldigt die Polizei, daß bei jedem Fall von Gewalttätigkeit ihr Eingreifen absichtlich zu spät geschah.

Die Kinos wurden angewiesen, vorübergehend die Aufführung von Sprechfilmen in deutscher Sprache einzustellen. Die Verordnung war die Folge der Zusammenstöße zwischen tschechischen Faschisten und deutschsprechenden Bürgern der Stadt. Sie wurde erlassen, um der anti-deutschen Stimmung unter der tschechischen Bevölkerung einen Dämpfer aufzusetzen. Gleichzeitig wurden auch die Tschechen verwarnt, ohne polizeiliche Erlaubnis von allen Ansammlungen in den Straßen und auf öffentlichen Plätzen Abstand zu nehmen.

Im Landtag kam es zwischen Deutschen und Tschechen zu einer stürmischen Auseinandersetzung.

Bei den Krawallen wurden neun Polizisten verletzt. Fünfzehn der randalierenden Tschechen wurden verhaftet.

Hitler will Versailler Vertrag in Stücke reißen

Nach seiner Zeugenaussage vor dem Reichsgericht erstrebt die Nationalsozialistische Partei das „Dritte Reich" auf verfassungsmäßigem Wege

Weitere Erfüllung des Versailler Schanddiktates soll verweigert und mit den „Novemberverbrechen" abgerechnet werden

Deutsche Regierung versuchte Hitler in sein Heimatland Oesterreich zu deportieren, aber Oesterreich lehnte seine Aufnahme ab; er ist heute staatenlos.

Leipzig, 25. Sept. — Adolf Hitler, der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, erklärte hier heute vor dem Reichsgerichte, daß die deutschen Nationalsozialisten sofort nach der Erringung der Macht durch gesetzliche Mittel den Vertrag von Versailles zerreißen würden. Diese sensationelle Erklärung Hitlers kam im Verlaufe seiner Vernehmung bei dem Prozeß dreier Offiziere der Reichswehr, die des versuchten Hochverrates durch Bildung nationalsozialistischer Zellen in der Reichswehr beschuldigt werden.

Hitlers Erklärung.

„Die Nationalsozialisten betrachten die internationalen Verträge nicht als bindend, sondern als etwas was uns aufgezwungen wurde," erklärte Hitler. „Deutschland ist durch den Friedensvertrag geknebelt. Wir erkennen unsere angebliche Kriegsschuld nicht an, und erst recht nicht die Schuld künftiger Generationen. Wenn wir mit allen vorhandenen Mitteln gegen die Verträge vorgehen werden, so werden wir uns mitten in einer Revolution befinden.

„Wir werden uns diplomatisch und durch vollständige Nichterfüllung diesen Verträgen entziehen. Das mag von der Welt als ungerechtlich angesehen werden, aber wir werden diese Mittel erst anwenden, wenn die Partei gesiegt hat. Nach zwei oder drei weiteren Wahlen wird unsere Partei eine Mehrheit haben und 35 Millionen Anhänger zählen.

„Die nationalsozialistische Bewegung wird ihre Ziele innerhalb des Staates durch die Mittel verfolgen, **die von der Verfassung erlaubt sind.** Die Verfassung äußert sich indessen nur über die Wege, nicht aber über das endgültige Ziel. Wir werden unsere Partei durch die gesetzgebenden Körperschaften zu dem entscheidenden Faktor machen; aber sobald unsere Partei die Macht hat, werden wir den Staat so umformen, wie es uns richtig erscheint."

Hitler, dessen Partei bei den letzten Reichstagswahlen gewaltig gewann, schilderte dann genauer die Ziele seiner Partei, einen neuen deutschen Staat das „Dritte Reich" zu schaffen — nicht durch einen bewaffneten Aufstand, sondern durch eine ruhige verfassungsmäßige Entwicklung.

Wieder und wieder betonte er im Verlaufe seiner Ausführungen, daß er keine bewaffnete Revolte plane. „Wir brauchen keinen bewaffneten Aufstand", sagte er, „wir brauchen nur noch eine neue Wahl."

Daß vielleicht Blut fließt, wenn die Nationalsozialisten erst einmal am Ruder sind, wurde von Hitler angedeutet, als er erregt erklärte: „Wenn meine Partei durch gesetzliche Mittel an die Macht gekommen ist, dann wird auch ein neues deutsches Reichsgericht gebildet werden.

Der November 1918 wird dann seine Sühne finden,

und Köpfe der Novemberverbrecher werden in den Sand rollen."

Hitler sagte, daß er seit 1918 ständig mehr davon überzeugt worden sei, daß die bestehende Regierung nie Deutschlands Einigung erreichen könnte, und daß Deutschlands Ruin nur von einer neuen Bewegung verhindert werden könnte die sich auf nachdrückliche Betonung des deutschen Nationalgefühls stütze.

Er erklärte, seine Bewegung bestehe aus einer Propaganda-Abteilung und einer Schutzabteilung als Sicherung gegen roten Terror, da ein Staatsschutz für die Nationalsozialisten nicht gewährt werde. „Unsere Bewegung ist rein intellektuell und geistig."

Hitler fuhr dann fort, daß

drei Dinge für Deutschland verderbenbringend

wären: erstens der Verzicht auf seine nationale Macht und die nachfolgende Internationalisierung der öffentlichen Meinung, zweitens der Ersatz der Verantwortung des Einzelnen durch die Demokratie, und drittens das Gift des Pazifismus, das dem deutschen Volke ständig vorgesetzt werde.

Als der Richter den sogenannten Hitler-Putsch von 1923 erwähnte, gab der Zeuge eine Erklärung, wie die nationalsozialistische Bewegung seit jener Zeit von ihrer ultra-radikalen Minderheit gereinigt worden sei, die zu leicht von den wahren Zielen der Bewegung abkam.

Selbst jetzt noch, führte er aus, bestehe eine kleine Gruppe von Nationalsozialisten, die „mit der Idee einer Revolution zu spielen liebt," aber „sie hat mit uns gebrochen und gehört nicht mehr der Partei an."

Der nationalsozialistische Führer sagte weiter, daß eine Bewegung, die zehntausende junger Leute umfasse, nicht für die Aeußerungen der einzelnen Mitglieder verantwortlich gehalten werden könnte. Er fügte hinzu, daß er alles getan habe, um zu verhindern,

daß seine Organisation einen militärischen Charakter annähme,

obwohl große Schwierigkeiten bestünden, das Waffenverbot gegen Leute durchzuführen, die von Natur aus angriffslustig seien.

Die Schwierigkeiten seien um so größer, betonte er, weil das Schlagwort der Linken sei: „Schlagt die Bölkischen tot, wo Ihr sie findet."

Der einzige Zweck der nationalsozialist. Sturmabteilungen, führte er weiter aus, sei der, die nationalsozialistische Bewegung gegen den

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Wieder deutsche Diktaturgerüchte

Die Brüning-Regierung „ist stärker, als viele anzunehmen scheinen"

Deutsche Volkspartei verweigert Zusammengehen mit den Sozialdemokraten

Berlin. — Eine Ankündigung, von der man annimmt, daß sie vom Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning inspiriert wurde, deutet an, daß das Kabinett nicht vor einer offenen Diktatur zurückschrecken würde, falls der neue Reichstag keine Regierungsmehrheit aufweisen wird.

„Das Kabinett Brüning," sagt die Korrespondenz Kraus, eine Nachrichtenagentur der Zentrumspartei, deren Führer Brüning ist, „ist stärker, als viele anzunehmen scheinen. Da die Bildung einer Mehrheit durch ein Bündnis mit der Rechten oder Linken des Parlaments unmöglich ist, bleibt nur die Mitte übrig. Demokratische Grundsätze sind schön und gut und die Entscheidung des Volkes sollte respektiert werden, aber wenn das Volk einen Reichstag wählt, der den Ruin des Landes bedeutet, dann muß die Regierung die Angelegenheit in die eigene Hand nehmen."

Man hält es hier für bezeichnend daß die Agentur den Artikel unmittelbar hinter Hitlers Zeugenaussagen in den Leipziger Gerichtsverhandlungen brachte.

Von der Einführung einer Diktatur wird gegenwärtig mehr gesprochen als seit den jüngsten Reichstagswahlen, besonders wegen des bekannt gewordenen Beschlusses der D. Volkspartei, mit den Sozialdemokraten, die immer noch die stärkste Partei im Reichstag bilden, keinen Kompromiß einzugehen, um ein neues Kabinett zu bilden. Dieser Beschluß verringert im Zusammenhang mit den sensationellen Erklärungen Hitlers und seiner Voraussage, daß die „Faschisten" nach einigen Jahren im Reichstag die Kontrolle besitzen werden, die Hoffnung auf eine parlamentarische Lösung der Krise sehr und vermehrt die Aussichten auf eine „starke halbdiktatorische" Regierung von Sachverständigen. Eine derartige Regierung, heißt es, würde von den politischen Parteien nicht behindert werden und könnte sich daher ungestört mit den kritischen wirtschaftlichen Problemen, vor denen die Nation sich gestellt sieht, befassen.

Trostlose Finanzlage.

Noch mehr als die Klärung der politischen Lage, wie sie sich durch die letzten Reichstagswahlen herausgebildet hat, drückt die Brüning-Regierung die Finanzlage des Reiches. Sie betrachtet es deshalb auch als ihre wichtigste Aufgabe, Ordnung in das derzeitige Chaos der Reichsfinanzen zu bringen und vor den neuen Reichstag kurz nach dessen Zusammentritt am 13. Oktober mit einem festumrissenen Programm zu treten.

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Sowjetbeamte mieten Schiffe für Weizen

Genua, Italien. — Beamte der Sowjetregierung belegen hier italienische Schiffe, um russischen Weizen nach Amerika und England zu bringen. Bisher wurden elf Schiffe von den Russen gemietet und nach russischen Häfen im Schwarzen Meer beordnet.

Ford kauft alten Benzwagen von 1888

München. — Henry Ford, der mit größtem Interesse das erste Auto, das in Deutschland im Jahre 1885 gebaut wurde und im Deutschen Museum ausgestellt ist, besichtigt hatte, hat ein fast ebenso altes für sein eigenes Museum gekauft.

Es ist dies ein Benzwagen Modell 1888, ein Erzeugnis von Karl Benz, der das dreirädrige Fahrzeug mit Kettenantrieb konstruiert hatte, das Ford im Museum sah.

Es gab einen erheiternden Zwischenfall im Zusammenhang mit der Lieferung der Reliquie. Herr Ford verlangte sein Auto, und als er aus der Tür seines Hotels trat, fand er das Modell 1888 auf ihn wartend.